

# Lichtenstein-Gallberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Tageblatt für Hohndorf, Ködlich, Bernsdorf, Müsdorf, St. Egidien, Seimichsdorf, Marienau, Reudorf, Ortmannsdorf, Müllsen St. Nicola, St. Jacob, St. Michela, Stangendorf, Tharm, Niedermüllsen, Kubichnappel und Zirschheim

Amtsblatt für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Älteste Zeitung im Amtsgerichtsbezirk

Nr. 64.

Hauptinfektionsorgan im Amtsgerichtsbezirk.

69. Jahrgang. Dienstag, den 18. März

Verbreitetste Zeitung im Amtsgerichtsbezirk.

1919.

## Lichtenstein.

**Harzer-Käse**, gegen Vorlegung der Brotkarte, bei Reinhold, Weiß, Löschner, Frankenberger, Mirus und Madlo, 1 Stück 47 Pfg.  
**Dienstag, Haferslocken**, L.-M.-R. A., Abschn. J 1, 100 Gr. 14 Pfg.  
**Marmelade**, L.-M.-R. B, Abschn. 15 1/2 Pfd. 50 Pfg.

Unter dem **Pferdebestande** des Fuhrwerksbesizers **Hermann Walthert** ist die **Räude** ausgebrochen.  
Stadtrat Lichtenstein, am 17. März 1919.

Die hiesigen Obstbaumbesitzer werden hierdurch aufgefordert, ihre Obstbäume auf das Vorhandensein der **Blutlaus** zu untersuchen und, sofern letztere gefunden wird, diejenigen Beteiligungsarbeiten schleunigst in Angriff zu nehmen, welche nach den im Rathaus (Melbeam) ausliegenden Bestimmungen empfohlen werden.

Die Unterlassung der zur Beseitigung der Blutlaus notwendigen Ausführungen zieht in jedem einzelnen Falle eine Geldstrafe bis zu 60 Mark nach sich. Erforderlichenfalls wird der unterzeichnete Stadtrat die Arbeiten auf Kosten des Säumigen ausführen lassen.  
Stadtrat Lichtenstein, am 15. März 1919.

## Rohlrüben,

heute **Dienstag, den 18. März 1919** vorm. 8—11 Uhr, 10 Pfd. für 90 Pfg.

## Auslandsmarmelade,

**Dienstag, den 18. März 1919** 150 Gr. für 62 Pfennige, auf Lebensmittelkarte B — Marke 33, bei sämtlichen Händlern.  
**Der Ortsernährungsausschuß für Callenberg.**

Nachdem der durch den Krieg hervorgerufene Mangel an Tierärzten wieder behoben ist, treten die durch die Verordnung vom 25. August 1914 (Dresdner Journal Nr. 201 und Leipziger Zeitung Nr. 202) vorübergehend außer Kraft gesetzten **Beschränkungen der Zuständigkeit der nicht-tierärztlichen Fleischbeschauer** (Verordnungen vom 10. Juli 1906 — GVB. S. 228 —, vom 14. Februar 1910 — GVB. S. 33 — und vom 27. Dezember 1913 — GVB. 1914 S. 4 —) wieder in Wirksamkeit.

Hierbei wird unter Bezugnahme auf die Verordnungen vom 6. März 1918 (179 U V) und vom 30. Januar 1919 (104 V V) erneut darauf hingewiesen, daß nach § 8 des Sächsischen Gesetzes vom 1. Juni 1898 (GVB. S. 209) die Ausführung der Schlachttier- und Fleischbeschau durch die Tierärzte die Regel bildet und daß nach § 4a der schon erwähnten Verordnung vom

27. Dezember 1913 (GVB. 1914 S. 4) in Gemeinden mit Schlachthauszwang oder mehr als 10000 Einwohnern die Schlachttier- und Fleischbeschau nur durch Tierärzte ausgeführt werden darf.

Diese Verordnung, die sofort in Kraft tritt, haben die Anstellungsbeholden allen Tierärzten und nichttierärztlichen Fleischbeschauern zur Kenntnisnahme und Nachachtung vorzulegen.  
Dresden, den 10. März 1919.

Wirtschafts-Ministerium.

## Kraftfahrwesen.

Bei der Landesstelle Sachsen des Reichsverwertungsamts ist eine **Sächsische Abteilung für Kraftfahrwesen** in Dresden-N., Bismarckplatz 4, errichtet worden. Ihr liegt die Erfassung, Instandsetzung, Verwaltung und Veräußerung des gesamten im Bundesstaate Sachsen befindlichen Kraftwagen-Heeresgeräts ob. Kaufgesuche für Kraftwagen sind an diese Stelle zu richten. Bei ihr befindet sich auch die Freigabestelle für Gummibereifung.

Die der Sächsischen Abteilung für Kraftfahrwesen angegliederte Revisionsabteilung hat insbesondere die unrechtmäßig aus dem Besitze des Reiches gefangenen Kraftfahrzeuge ausfindig zu machen und wieder in öffentlichen Besitz zu bringen. Ihre mit Ausweis versehenen Beamten sind demgemäß befugt, die hierzu erforderlichen Erörterungen vorzunehmen, Kraftfahrzeuge, deren rechtmäßiger Erwerb nicht ohne weiteres nachgewiesen werden kann, anzuhalten, bis dieser Nachweis erbracht ist, und Gebäude, Schuppen und sonstige Privatgrundstücke zur Ausfindigmachung und Besichtigung etwa in ihnen verwahrter Kraftfahrzeuge zu betreten. Die Inhaber solcher Grundstücke haben ihnen den Zutritt zu gestatten und jede erforderliche Auskunft zu erteilen.

Mitteilungen über den Verdacht eines unrechtmäßigen Erwerbes von Heereskraftwagen sind an die „Revisionsabteilung der Sächsischen Abteilung für Kraftfahrwesen“ in Dresden-N., Bismarckplatz 4, nicht an das Reichsverwertungsamt in Berlin zu richten; die Verordnung des Ministeriums des Innern — 135 a IV — vom 22. Februar 1919 (Sächsische Staatszeitung Nr. 46 vom 25. Februar) ist vom Ministerium des Innern insoweit abgeändert worden.

Dresden, den 13. März 1919.

Der Staatskommissar für Demobilisierung.

Die Landesstelle Sachsen des Reichsverwertungsamts.  
Dehne.

## Kurze wichtige Nachrichten.

\* Die Ablieferung der 5000 Lokomotiven und der 150000 Eisenbahnwagen an den Verband, von denen Preußen allein 4000 Lokomotiven und 120000 Wagen gestellt hat, ist beendet. Der Gesamtwert des Fahrzeugmaterials beträgt über drei Milliarden Mark.

\* Die Kaliberhandlungen mit England stehen vor dem Abschluß. Deutschland soll den Feinden auch Holz liefern, sie benötigen vor allem 2 Millionen Schweißblech.

\* Minister Baerisch ruft die preussische akademische Jugend auf zum Eintritt in die Freiwilligenverbände zur Rettung des Vaterlandes.

\* Es gehen jetzt allerlei Meldungen durch die Zeitungen über weitere Zuteilung preussischen Gebietes an Polen, die in der Hauptsache wohl auf polnische Wünsche beschränkt bleiben werden.

\* Bei einer Hausdurchsuchung in Lechlusen bei Allenstein wurde ein Waffendepot entdeckt, das den Polen zugehört haben sollte. Die Hauptbeteiligten wurden verhaftet.

\* Bei Bromberg gehen die Polen seit einigen Tagen zu planmäßigen größeren Angriffen über. Bis her haben sie in 84 Fällen gegen den Waffenstillstand verstoßen.

\* Einige russische Bolschewisten, die die Macher der Unruhen im Ruhrrevier sind, konnten verhaftet werden, Dr. Machlowski ist noch flüchtig. Die Regierung dringt energisch auf Waffenablieferung im genannten Gebiet, wo die Lage immer noch ernst ist, da die Bergarbeiter als neues Ziel den Schwelmschwanz erstreben.

\* Bei einer Beratung der beteiligten Regierungen im Reichsministerium des Innern über die Wiedereröffnung der Sommerzeit kam man überein, die Frage der Nationalversammlung zur Entscheidung vorzulegen.

\* Das Ständrecht über Berlin ist aufgehoben.  
\* Esfin der das Attentat auf Clemenceau verübte, wurde zum Tode verurteilt. Es ist Verurteilung eingeleitet.

\* Die deutsche Kommission erhob bei den Waffenstillstandsverhandlungen erneut Einspruch gegen die ihm nachvollziehbare Behandlung der deutschen Kriegsverhandlungen. Die Alliierten wollen von Straßburg und Mainz aus Luftverkehrslinien nach Prag einrichten und die Tschechoslowaken über Elbe und Rhein mit Lebensmitteln versorgen. Wir dürfen dazu nur Ja sagen.

\* Beim Vormarsch in Kurland haben die Bolschewisten durch reichsdeutsche und deutsch-baltische Formationen eine empfindliche Niederlage erlitten. Die ganze Front von nördlich Rowno bis Windau ist in Bewegung gekommen.

## Die Sicherung unserer Lebensmittelversorgung.

Rotterdam, 16. März. „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus Brüssel: Die deutschen, englischen und Ententebelegierten, darunter Admiral Wehby und Hoover, die seit zwei Tagen in Brüssel ihre Sitzungen abhielten, haben das Abkommen über die Lieferung von Lebensmitteln an Deutschland unterzeichnet. Es werden sofort Lebensmittel nach Deutschland befördert werden gegen unverzügliche Auslieferung der Handelsflotte u. finanzielle Vergütungen. Die Lebensmittelversorgung bis zur nächsten Ernte ist gesichert unter der Bedingung, daß Deutschland die Bestimmungen des Abkommens erfüllt. Monatlich sollen 370000 Tonnen Lebensmittel befördert werden. Die deutschen Delegierten, welche erklärten, daß die Wieder-

herlichkeit seit drei Monaten sich verdoppelt hätte, hätten um eine größere Menge kondensierter Milch gebeten. Über die Delegierten der Entente äußerten ihr Bedauern, daß die Schiffsraumfrage eine größere Milchlieferung nicht gestatte. Weitere Konzeptionen über die Seefischerei und einige andere Punkte, worüber die deutschen Delegierten Vorbehalte machten, werden telephonisch mit Berlin erledigt. Die deutschen Delegierten verließen Brüssel in einem Sonderzug. Weiter drachtet noch, daß die deutschen Delegierten gefordert haben, die Kontrolle über die Lebensmittelverteilung solle durch das deutsche Militär stattfinden, während die Alliierten darauf beharrten, daß die Kontrolle der Verteilung durch die hiesigen Behörden erfolgen müsse. Gleichzeitig mit dieser Sitzung fand eine Sitzung der Schiffsabteilmmission statt.

Eine Bestätigung dieser Meldung von deutscher Seite liegt noch nicht vor, doch ist anzunehmen, daß sie wenigstens in ihren wesentlichen Grundzügen, dem Tatsachen entspricht. In irgendwelcher Freude über den endlichen Abschluß dieses Vertrages ist kein Anlaß gegeben. Wir dürfen nicht vergessen, daß die Entente damit erst jetzt, vier Monate nach Unterzeichnung des Waffenstillstandsvertrages, daran geht, ihre schon damals gegebene Zusage zu erfüllen und unsere Lebensmittelversorgung zu erleichtern. Auch das kann gar nicht zu wenig unterstrichen werden, daß sie statt dessen die Blockade gegen unsere Küste verschärft und sie zu Lande bis an den Rhein vorgeschoben hat. Wir durch unsere innere Gesamtanlage mit jedem Tage untraglicher werden mußte. Und das, wozu die Weltmächte sich jetzt endlich bereit erklären, wird uns zu gestanden nicht nur für Geld und gute Worte, sondern gegen die Auslieferung der gesamten deutschen Handelsflotte, die damit der Arbeit für die Wiederaufbau unseres überseeischen Verkehrs auf un-

fehbare Zeit entzogen wird. Wir mußten uns dieser Bedingung fügen, weil wir ja schließlich erst einmal am Leben bleiben müssen, wenn wir fähig sein wollen, diese Arbeit wieder aufzunehmen. Nur insofern haben unsere Unterhändler mehr erreicht als ihnen am 4. bis 6. März in Spaa geboten wurde: Wir sollen nicht mehr mit einer einmaligen Lieferung von 370000 Tonnen abgeheißt, sondern bis zur nächsten Entente-wirklich in unserer Ernährung sichergestellt werden. Das war das Mindeste, worauf sie bestehen mußten. Nach wissen wir nicht, unter welchen finanziellen Bedingungen uns diese Hilfe gewährt werden soll; leicht werden sie keinesfalls sein. Aber wenn wir wenigstens in diesem Augenblick den Hunger unserer Bevölkerung zu stillen, dann wird vielleicht doch wieder etwas mehr Ruhe und Stetigkeit über uns kommen, und der Wiederaufbau des Staates, für den bisher im wesentlichen nur unendliche Rede- und Tintenströme vergossen wurden, wird dann endlich, wenn nicht neue Zwischenfälle kommen, festere Gestalt annehmen können.

Schweizer Grenze, 16. März. Eine „Havas“-Depesche aus Brüssel besagt: Der Beginn der Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln ist auf den 15. April festgesetzt. Die Alliierten haben die Garantie für die ausreichende Lebensmittelversorgung Deutschlands bis 15. Dezember übernommen.

Berlin, 16. März. Wie der Korrespondent der Newyork Times erfahren haben will, werden die Lebensmittel für Deutschland durch britische und amerikanische Truppen nach Berlin und Hamburg begleitet werden, um zu verhindern, daß die Lebensmittel in die Hände der Spartakisten oder der Militärpartei fallen. Man glaubt, daß 10 000 Amerikaner und Engländer genügen, um die Verteilung in Berlin, und 5000 Matrosen, um die Verteilung in Hamburg zu überwachen.

Haag, 16. März. Die Newyorker Post sagt, daß ein großer Vorrat an Lebensmitteln in Rotterdam aufgehoben sei, den man sofort nach Deutschland abgeben lassen könne.

Hierzu liegen noch folgende Nachrichten vor:

Haag, 17. März. Ueber den Inhalt des in Brüssel zwischen Deutschland und den Alliierten abgeschlossenen Abkommens werden jetzt nähere Einzelheiten bekannt. Ueber die Auslieferung der Schiffe verläuft, daß die Handelsflotte innerhalb 30 Tagen übergeben sein muß. 2 Passagierdampfer, darunter der „Impulsator“, werden Amerika übergeben. Die Uebergabe dieser Schiffe hat bereits innerhalb dreier Tage zu erfolgen. Diese Schiffe erhalten amerikanische Besatzung. Die Alliierten haben weiter Deutschland eine Riste von Erzeugnissen unterbreitet, die es nicht ausführen darf, um den Wettbewerb mit den Erzeugnissen der Industrie Frankreichs, Belgiens und anderer Länder auszuschalten.

London, 17. März. (Reuter.) Die deutschen Schiffe werden in verschiedenen Häfen ausgeliefert. Die Schiffe, welche für Truppentransporte gebraucht werden, dürfen keine deutsche Besatzung führen. Die Gesamtsumme der auszuliefernden deutschen Tonnage schätzt man auf 3 1/2 Millionen Tonnen, die in neutralen Häfen liegenden Schiffe einbezogen.

Berlin, 17. März. Deutschland soll sobald die Schiffe bereit sind, in See zu gehen, und die Bezahlung geregelt ist, die ersten Lebensmittel in Höhe von 270 000 Tonnen sofort geliefert erhalten. Weiter hat es das Recht, monatlich bis zu 370 000 Tonnen Nahrungsmittel zu kaufen, und zwar in den feindlichen und neutralen Ländern. Dabei wird die Einfuhr von Fischen aus europäischen Gewässern und von Gemüse nicht in Anrechnung gebracht. Die Einschränkungen des Fischfanges in der Ostsee werden aufgehoben. Die deutsche Regierung erklärte sich bereit, ein Depot

von 11 Millionen Pfund Sterling in Gold in Brüssel zu hinterlegen, damit mit der Lebensmittelversorgung sofort begonnen wird.

Paris, 17. März. (Reuter.) Admiral Wemyss, der von Brüssel nach Paris zurückgekehrt ist, teilte mit, daß Deutschland ungefähr 150 Schiffe abliefern werde.

Andere Meldungen wollen noch wissen, daß der Fischfang auch in der Nordsee uns wieder freigegeben und erlaubt wird, in Norwegen Fische zu kaufen. Amerika wolle in Schweden, Holland, Dänemark, Norwegen Kornkammern zur Versorgung der Mittelmächte errichten und damit sofort beginnen. Milch und Speck seien bereits in größeren Mengen in Rotterdam aufgestapelt, die im Laufe der nächsten Tage nach Deutschland befördert werden können.

## Die Arbeit Radeks.

Berlin, 16. März. Ueber die ausgedehnte Tätigkeit, die das Mitglied der russischen bolschewistischen Regierung, Radek, in Deutschland ausgeübt hat, gibt ein Bericht der „B. Z.“ aus Stockholm interessante Mitteilungen. Danach ist es aus Mitteilungen aus Petersburg Radek gelungen, in Deutschland nicht weniger als 29 bolschewistische Einzelorganisationen zu schaffen. Die Tätigkeit Radeks in Deutschland hat nicht weniger als 11 Millionen Rubel gekostet.

Berlin, 16. März. Da man festgestellt hat, daß die Kommunisten Gesinnungsgenossen, vor allem aber Waffen versuchen nach Berlin zu bringen, so sind auf den Bahnhöfen gegenwärtig Durchsuchungen der Reisenden nach Waffen statt. Es ist bekannt geworden, daß von Rüstern aus auf Lastwagen, namentlich aber durch die Eisenbahnen, größere Mengen Gewehre und Handgranaten nach Berlin befördert werden sollen. Bei Durchsuchungen von Reisenden auf Waffen wurden auf dem Schlesischen Bahnhofe eine große Anzahl zweifelhafter Elemente festgenommen: Russen und Polen, die ohne stichhaltige Gründe nach Berlin zu gelangen suchten. Koffer und Kisten, mit Waffen gefüllt, wurden gefunden und beschlagnahmt.

Berlin, 16. März. Auf Grund des Paragraphen 9 des Gesetzes über den Belagerungszustand hat Reichswehrminister Koste eine Veröffentlichung zum Zwecke der Strafenbahnbeamten erlassen, wonach tätliche Angriffe mit Gefängnis bis zu einem Jahr bestraft werden.

Berlin, 16. März. Die bei Berlin gelegenen Orte Rahnstedt und Friedrichshagen wurden heute von Regierungstruppen besetzt. Es mußten hierbei zahlreiche Verhaftungen von Führern der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei, die Waffen an Soldaten und Arbeiter verteilt und zum Widerstand gegen die Regierung aufgereizt hatten, vorgenommen werden.

Essen, 16. März. Spartakisten griffen bei Herzfeld einen nach Altenbeken auf der Fahrt befindlichen Personenzug mit Handgranaten an. Das Attentat mißlang. Es wurden zwei Wagen beschädigt, 1 Fahrgast schwer und 15 leichter verletzt.

## Verheimlichte Dokumente.

In der „Täglichen Rundschau“ teilt Professor Theodor Schiemann mit, daß die diplomatische Korrespondenz der russischen Botschaft in London mit Petersburg von 1909—1914 in Berlin bekannt war und von ihm für das Auswärtige Amt aus dem Russischen ins Deutsche übersetzt worden sei. Von diesen Berichten haben nur der Direktor der politischen Abteilung, der Unterstaatssekretär und der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, sowie der Reichskanzler Kenntnis erhalten. Schiemanns wiederholte Vorstellungen, man könne auch dem Kaiser Kenntnis davon geben, seien stets abgelehnt worden. Die Berichte hätten über die

deutsch-englischen Beziehungen hinaus die gesamte Ententepolitik umfaßt und die immer fester zusammenwachsende Verschwörung gegen Deutschland klar erkennen lassen. Erst im Juli 1914 wurden aus dieser Korrespondenz im „Berliner Tageblatt“ die Absicht der Russen in Pommern zu landen und die Mission des Prinzen Ludwig von Battenberg veröffentlicht, dem Kaiser aber noch immer nicht mitgeteilt. Vielmehr ließ man ihn, und das bezeichnet Schiemann als unverantwortlich, trotz Kenntnis von dem Entente-Kriegsspielen auf die Nordlandreise gehen. Die Verantwortung dafür, daß diese Kenntnis nicht zur Verhütung des Krieges ausgenützt worden sei, weist Schiemann dem Reichskanzler von Bethmann-Hollweg zu. Er fordert zum Schluß die sofortige Veröffentlichung dieser Papiere.

## Aus Sachsen.

### Neubildung der sächsischen Regierung.

1913. (Dresden, 15. März.) Nach Paragraph 12 des vorläufigen Grundgesetzes für den Freistaat Sachsen ist es Aufgabe des Ministerpräsidenten, die übrigen Mitglieder des Ministeriums zu berufen. Der neugewählte Ministerpräsident Dr. Gradnauer wird sich dieser Aufgabe ohne Verzug widmen. Wie unser Vertreter von zuständiger Seite erfährt, hat eine unverbindliche Besprechung zwischen dem Ministerpräsidenten und den einzelnen Ministerposten im Ministerium stattgefunden, jedoch ist noch keine Entschcheidung des Ministeriums getroffen worden und dürfte auch kaum vor der nächsten Sitzung der Volkskammer am Donnerstag bekanntgegeben werden.

### Zur Sozialisierungsfrage Sachsen-Bayern.

1913. Wie die „Dresdner Volkszeitung“ erzählt, hat der sächsische Ministerpräsident an den Vizepräsidenten des Reichstages, München, folgende Antwort gegeben: Auf das Telegramm betreffend Sozialisierung teile ich mit, daß hier Regierungsbildung im Gange ist. Konferenz am 16. März ist daher unmöglich. Als bald nach Regierungsbildung geben wir weitere Nachricht. Ministerpräsident Gradnauer. — Unserem Vertreter wird hierzu von zuständiger Seite noch mitgeteilt, daß einer gemeinsamen Aussprache zwischen Sachsen und Bayern über die Sozialisierung kein Hindernis entgegensteht. Die sächsische Regierung ist gern bereit, die Sozialisierung in jeder Weise zu fördern, hat aber allen Grund, auf die Sozialisierung zu bestehen, daß sie die Sozialisierung als Sache des Landes ansieht. Es ist ganz selbstverständlich, daß die Sozialisierung einheitlich gemacht werden muß. Es ist nicht angängig, daß Sachsen und Bayern sozialisieren und andere Teile Deutschlands nicht sozialisieren. Dies in der Öffentlichkeit zu betonen, scheint außerordentlich notwendig zu sein.

## Deutsches Reich

Berlin. Das Schicksal der deutschen Kolonien. Die Beratungen der Entente-Konferenz über das Schicksal der deutschen Kolonien und der türkischen Besitzungen in Asien sind nach dem „Intransigenten“ soweit gediehen, daß Frankreich ganz Syrien, England Mesopotamien und Palästina sowie Ostafrika und Südafrika erhalten soll. Frankreich bekommt den größten Teil von Kamerun und Togo. Deutsch-Südwestafrika soll Südafrika zugeteilt werden. Die deutschen Kolonien im Stillen Ozean sollen an Japan fallen, Samoa bei Neuseeland.

(Die Rückbeförderung der China-Deutschen.) Der „Times“-Korrespondent in Peking meldet: Die produktive Haltung der Holländer in China wird immer offensichtlicher. Die chinesische Regierung hat erneut Untersuchung der Liste der Konsulatsbeamten zu Shanghai welche Liste in unangemessener Weise erweitert worden sei, verlangt. Diese Forderung ent-

## Wenn zwei sich lieben.

Amerikanisches Copyright by Aladdin & Co.  
Roman von Hedwig Courths-Mahler.

45. Nachdruck verboten

„Da, Heißeln, die ins Fleisch schneiden. Liebe, teure Lottemarie, ich habe gestern Abend noch über Sie mit meinem Vater gesprochen. Er hat Sie lieb und weiß nun, daß ich Sie liebe. Es tut ihm leid, daß er mich gedrängt hat, mich mit der Komtesse zu verloben. Wenn ich mich lösen könnte auf ehrenhafte Art, er würde Sie freudig als Tochter willkommen heißen. Und in dieser Nacht, als ich schlaflos lag und meine Sehnsucht zu Ihnen schickte, da wurde zuweilen ein leises Hoffen wach. Durch den Krieg ist meine bevorstehende Hochzeit auf unbestimmte Zeit verschoben worden. Vielleicht geschieht ein Wunder — etwas Unerwartetes, um mich frei zu machen. Mir war, als müßte unser Schicksal durch diesen Krieg in andere Bahnen gelenkt werden. Aber so weit hinaus will ich heute nicht denken. Nur — daß Sie Ihrem Herzen treu bleiben werden wie bisher. Ich kann den Gedanken nicht ertragen, daß Sie sich einem anderen zu eigen geben könnten — dank überfällt es mich wie Wahnsinn.“

Mit heißen, lebenden Lippen sah er sie an. Sie wich seinem Auge nicht aus. Sich erhebend sah sie nach und offen zu ihm auf.

„Ich werde immer meinem Herzen treu bleiben — weil ich gar nicht anders kann. Was uns das Schicksal auch bringt, Graf Rainau — Sie dürfen sicher sein, daß ich meine Hand nie in die eines anderen Mannes lege.“

„Danke, heißen Dank, Lottemarie. Nun will ich ruhig hinausziehen und alles andere Gott überlassen. Er hat uns unsere Liebe ins Herz gelegt er wird wissen warum er es getan hat. Und nun noch eins, liebe, teure Lottemarie. Wenn etwas geschehen sollte, was Sie heimatlos macht, wollen Sie mir versprechen, daß Sie dann in Rainau Schutz und Hilfe suchen und bei meinem Vater bleiben, bis ich wiederkehre? Mein Vater hat es mir versprochen, sich Ihnen anzunehmen. Ich muß wissen, wo ich Sie finde, wenn mir ein Wiederkommen beschieden ist. Sie muß wissen, daß Sie in guter Gut sind. Wollen Sie mir das versprechen?“

Eine kurze Weile zögerte sie. Aber sie sagte sich, daß sie alles vermeiden müsse, was ihn beunruhigen könnte. Sie neigte das Haupt.

„Ja, Graf Rainau — ich verspreche es Ihnen. Wenn ich auch hoffe, daß die Fürstin noch lange am Leben bleibt und mich in meiner Stellung beläßt, so kann doch auch der Tod rasch an sie herantreten. Und dann will ich gern in Rainau Schutz suchen, bis der Krieg zu Ende ist und Sie wiederkehren.“

Seine Augen leuchteten in heißer Zärtlichkeit auf. „Gottlob! Nun werde ich doch immer wissen, wo

Sie meine Gedanken suchen können und daß Sie in guter Gut sind.“

Sie zog ihre Hand aus der seinen.

„Nun muß ich mich von Ihnen trennen, Graf Rainau. Wir dürfen uns nicht mehr allein gegenübersehen. Schon das, was wir gesprochen haben, war ein Eingriff in die Rechte der Komtesse Dalheim.“

„Ich will Sie in keinen Konflikt mit Ihrem ehelichen Herzen bringen, Lottemarie, und darf Sie nicht halten. Ich war auf dem Wege nach Trollwitz, um mich von der Fürstin zu verabschieden und mich mit Fürst Egor für unsere gemeinsame Arbeit zu verabreden. Es war mir eine große Wohlthat, daß ich Sie ohne Zeugen noch einmal sprechen konnte. Leber Sie wohl, Lottemarie.“

Er reichte ihr die Hand. Sie legte die ihre hinein, die in der seinen bebte. Mit festem Druck umschloß er diese kleine bebende Hand.

„Gott mit Ihnen auf allen Wegen“, sagte sie leise, mit gebrochener Stimme.

Sie saßen sich tief in die Augen mit schmerzlichen Tränen. In den seinen brannte die Sehnsucht, sie ein einziges Mal in seine Arme, an sein wildschlagendes Herz nehmen zu dürfen. Er biß die Zähne zusammen. Sie sah diese Sehnsucht brennen und mußte die ihre erlösen. Mit einem Stöhnen drückte er ihre Hand an seine Lippen, an seine Augen, und sie fühlte, daß ein Bittern über den starken Mann lief.

(Fortsetzung folgt.)

König dem holländischen Konsul eine scharfe Entgegnung. Er schrieb: Die Rückbeförderung der Deutschen in China steht in flagrantem Gegensatz zu dem internationalen Recht, und alle üblen Folgen, die aus dieser Rechtsverletzung hervorgehen, müsse er der chinesischen Regierung zur Last legen. Diese hat ihre Entrüstung über diesen Ton zum Ausdruck gebracht.

— (Britische Befehle gegen Spartakus.) Dem „Telegraph“ zufolge melden die „Times“ aus Köln, daß es in dem gesamten westfälischen Industriegebiet stark gäre. Die Nachrichten aus Remscheid seien so beunruhigend, daß man wahrscheinlich mit Zustimmung aller Parteien, mit Ausnahme der Unruhstifter selbst, zur Ausbehnung des britischen Brückenkopfes bis über das Solinger Gebiet hinaus übergehen werde. — Wir halten diese Nachricht für einen dreisten Flibstler der „Times“. Wenn im Bergrevier neue Unruhen ausbrechen sollten, so ist der Reichswehrminister Koske dafür zuständig und die braven Truppen der Regierung. Eine englische Besatzung wird jedenfalls nicht benötigt.

— (Holland und der Ex-Kaiser.) Dem „Telegraph“ zufolge gab der holländische Justizminister Heemskerk in der Ersten Kammer eine Erklärung über die Stellung Hollands gegenüber dem früheren Deutschen Kaiser ab, in der er sagte: Wenn die Auslieferung des Kaisers auf Grund eines Auslieferungsvertrages verlangt würde, müßte natürlich untersucht werden, ob diese Forderung nach den bestehenden Gesetzen und Verträgen berechtigt ist. Es sei zweifelhaft, ob man neben dem oder gegen das bestehende Gesetz ein von den Verbündeten festgesetztes Recht annehmen könne. Eine weitere Erklärung könne er nicht abgeben.

— (Noch keine Entscheidung über die deutschen Ostlande.) Ein Berliner Blatt verbreitet eine Meldung aus Bern, nach der Westpreußen mit Danzig, die Provinz Posen und Oberschlesien von der Entente den Polen zugesprochen sein soll. Die ganze Nachricht hat als Quelle einen Funkspruch der Funkstation Laon. Sie ist zurückzuführen auf die Tätigkeit des holländischen Nationalkomitees in Paris. Wie der freien Vereinbarung zum Schutze Oberschlesiens von Berliner zünftiger politischer Stelle mitgeteilt wird, ist von der ganzen Nachricht auch nicht ein Wort wahr.

— (Die Rettung Deutsch-Südtirols.) Die sozialdemokratische „Volkszeitung“ in Innsbruck veröffentlicht ein Manifest, in dem die Vertrauensmänner der organisierten Arbeiterschaft von Innsbruck mit allem Nachdruck aus politischen und wirtschaftlichen Gründen die Bestrebungen nach Errichtung eines selbstständigen Staates Tirol ablehnen. Der Weg zur Rettung Deutsch-Südtirols sei nur eine Verständigung zwischen Deutschland und Italien. Die Arbeiterschaft von Innsbruck erachtet die deutsche Reichsregierung und die Regierung Deutsch-Osterreichs keine Anstrengungen zu scheuen, um mit Italien eine Verständigung zu erreichen, welche die Sprachgrenze als Staatsgrenze festsetzt.

— (Eine Neutralisierung des Saargebietes?) Die „Neue Zürcher Zeitung“ berichtet von der italienischen Grenze: In französischen Kreisen behauptet man, maßgebende Amerikaner seien nicht rüdwegen gegen die Annexion des Saargebietes durch Frankreich. Sie möchten geltend, im Falle einer Einverleibung des Saargebietes müsse der kapitalistische Wert dieses Kohlenbeckens von den Entschädigungsansprüchen Frankreichs abgezogen werden. Der zudem von Frankreich verlangte Pufferstaat würde die Großstädte Köln, Koblenz, Mainz, Mannheim, Worms und Trier umfassen. Der Pariser Vertreter des „Secolo“ meldet, für die unstrittigen Gebiete werde die Neutralisierung mit umfassenden und wirksamen Garantien fast sicher der offenen oder verschleierte Annexion vorgezogen. Einer weiteren Meldung zufolge hat ein Komitee elsass-lothringischer Industrieller in St. Ludwig im Elsaß an den Vorkriegskongress in Paris eine Adresse gerichtet, in der gefordert wird, daß die Pfalz und das Saarbecken wieder mit dem Elsaß bzw. Lothringen vereinigt werden, wie dies im Jahre 1815 der Fall gewesen ist. — Die Bewohner der Pfalz dürften ebenso wie die Deutschen im Saargebiet recht wenig einverstanden sein mit diesen Vorschlägen, die von fanatischen Französlingen ausgehen.

## Aus Nah und Fern.

Lichtenstein, 17. März.

— **Die Hauptversammlung des Vereins Heimatbank Lichtenstein** wird, wie wir nochmals in Erinnerung bringen, Dienstag, den 18. März abends 7,9 Uhr in „Stadt Dresden“ abgehalten. Es wird die Hoffnung ausgesprochen, daß sich die Mitglieder in großer Anzahl hierzu einfinden, namentlich, da es sich um Neuwahl des Vorstandes handelt.

— **Berordnung, die Bußtagsfeier betr.** In Beziehung auf den am 19. März dieses Jahres bevorstehenden Bußtag wird hierdurch nachgelassen, daß im allgemeinen die Bestimmungen des Sonntagsgesetzes vom 10. September 1870 und der Verordnung über die Beobachtung der geschlossenen Zeiten vom 14. Februar 1911, insoweit darin Besonderheiten für die Begehung der Bußtage vorgeschrieben sind, nicht in Anwendung gebracht werden. Der Bußtag unterliegt aber den Beschränkungen, die auch an den anderen Sonntagen zu beobachten sind. Außerdem verbleibt es dabei, daß Langver-

anstaltungen und sonstige geräuschvolle Vergnügungen mit Ausnahme ersterer Konzertaufführungen nicht stattfinden dürfen.

— **Zur Beachtung!** In der Kohlenstelle des Bezirksverbandes liegt für Verbraucher des Landbezirks ein größeres Angebot zur Lieferung von Brennstoff (Preß- und schwarzem Stichtorf) für Hausbrand und Industrie zur Einsicht aus.

— **Gegen den Freispruch im Oshager Aufruhr- und Meuterei-Prozess** hat die Vertretung der Anklage Berufung eingelegt, so daß dieser Strafprozeß noch einmal vor dem Oberkriegsgericht zur Verhandlung kommt. — Der Sächsische Offiziersbund hat gegen die Entfernung der Offiziere aus Oshag Beschwerde bei der Reichsregierung eingelegt.

— **W. M. Wegfall der Anfuhrprämie bei Runkelrübenlieferungen.** Im Anschluß an die Bekanntmachung vom 1. März 1919 betreffend Aufhebung der Bewirtschaftung von Runkelrüben wird zur Vermeidung von Unklarheiten mitgeteilt, daß mit Aufhebung der Runkelrübenbewirtschaftung auch die Anfuhrprämie von 50 Pf. für den Zentner Runkelrüben in Fortfall kommt. Die festgesetzten Höchstpreise bleiben jedoch weiter in Kraft.

— **Ueber Lieferungsverträge von Spinnpapier und Papierrundgarn** erläßt die Reichswirtschaftsstelle für Erbspinnstoffe durch das Wirtschaftsministerium eine Bekanntmachung in Nr. 62 der „Sächs. Staatszeitung“, auf die wir hierdurch alle Bezahler derartiger Erbspinnstoffe aufmerksam machen.

— **Zum Grenzschutz!** Sachsen ist Industriegebiet und gibt Hunderttausenden Volksgenossen Beschäftigung und Brot. Sollen wir unsere Industrie durch fanatische Völker vernichten lassen? Nie und nimmer. Meldet Euch zum Grenzschutz!

— **Beamtene der Heeresverwaltung.** Vom Ministerium für Militärwesen wird uns folgendes mitgeteilt: An fast allen Kreisen der aktiven Beamten der sächsischen Heeresverwaltung herrscht z. Zt. bange Sorge darüber, wie sich ihre wirtschaftliche Lage in Zukunft gestalten wird. Denn es kann keinem Zweifel unterliegen, daß nicht alle im bescheidenen Rahmen des zukünftigen Heeres Platz finden werden. Allen diesen Beamten sei aber schon jetzt zur Verhütung die Versicherung gegeben, daß die sächsische Heeresverwaltung in jeder Weise bestrebt sein wird, die Interessen ihrer Beamten bei der Reichsleitung mit Nachdruck zu vertreten und auch sonst ihre wirtschaftliche Lage für die Zukunft nach Kräften sicher zu stellen. Es wird aber erwartet, daß alle Beamten in der jetzigen schweren Zeit ihre Pflicht wie bisher weiter treu erfüllen.

— **Pfostverkehr mit den deutschen Gefangenen in amerikanischer Gewalt.** Nach einer Mitteilung der amerikanischen Delegation sind, wie uns der Landesauskunft des Roten Kreuzes in Sachen mitteilt, folgende Erleichterungen für deutsche Gefangene in amerikanischer Gewalt getroffen worden: 1. Keine Beschränkung in der Anzahl der Briefe und Postkarten. 2. Jede Art von Schreibpapier, Umschlüssen und Postkarten ist erlaubt. 3. Die Namen der Unterbringungsorte und die Art der Beschäftigung können mitgeteilt werden. 4. Alle anderen Zensurvorschriften bleiben wie bisher in Kraft.

— **Der Verkehr mit Saat- und Stetzwiebeln** zu Saatwecken hat durch Bekanntmachung der Reichsstelle für Gemüse und Obst insoweit eine Änderung erfahren, als künftighin der Handel mit Saat- und Stetzwiebeln durch Saatkarten nicht mehr beschränkt ist, vielmehr können in Zukunft Saat- und Stetzwiebeln frei veräußert und erworben werden. Die Aufhebung der einschränkenden Bestimmungen ist dadurch gerechtfertigt, daß der Zwiebelmarkt zur Zeit und voraussichtlich auch weiterhin reichlich versorgt ist, so daß Absatzkontrollmaßnahmen nicht mehr erforderlich erscheinen.

— **Die Nahrungsmittelverhältnisse in Leipzig infolge der Unruhen.** Einem Pressevertreter wird von einer führenden Persönlichkeit des Landeslebensmittellandes mitgeteilt, daß in Leipzig infolge der Unruhen die Nahrungsmittelfuhr sehr mangelhaft gewesen seien. Die Stadt Leipzig sei mit 44 000 Zentner Kartoffeln und mit 100 Waggon Gemüse zu wenig beliefert worden. Weiter habe Leipzig statt 55 Waggon Mehl nur 15 Waggon und statt 200 Kindern nur 6 erhalten.

— **Müssen St. Micheln.** (Zum Kirchschullehrer) wurde an Stelle der verstorbenen Kantors Götz Lehrer Gerngroß hier gewählt. Lehrer Endlich übernahm die Schulleitung. Neu angestellt wurden Lehrer Theil, Reiz und Löwel.

— **Crimmischau.** (Große Diebesbeute) wurde in einer Fabrikverderlage an der Parkgasse gemacht, wo 5 Ballen Zephyrmoß-Absfälle gestohlen wurden im Werte von 3500 Mark. Die Diebe konnten noch nicht ermittelt werden.

— **Pirna.** (Eine Diebesbande), bestehend aus 25 Pionieren, verübte seit längerer Zeit in der hiesigen Pionierkaserne Einbrüche. Jetzt ist es der Polizei-Abteilung des hiesigen A- und S-Rates gelungen, die Diebesbande zu ermitteln und festzunehmen. Das Lager der Einbrecher befand sich bei dem Hausbesitzer und Schneidemeister Biele hier.

— **Treuen.** (Rücklings fürzte) im Rittergute Treuen unteren Teils bei der Dacharbeit an einem

Wirtschaftsgebäude der jungverheiratete Schieferdeckergehilfe Paul Raub infolge Reizens eines Taums in den Hof ab und fand durch Schädelbruch und schwere sonstige Verletzungen augenblicklich den Tod. Der bedauernswerte junge Mann hatte, nachdem er vom Kriegsdienst entlassen, erst die Arbeit wieder aufgenommen.

— **Zwickau.** (Jugendliche Spitzbuben.) Einer gefährlichen Bande von jugendlichen Dieben ist die hiesige Polizei auf die Spur gekommen. Die Diebe, denen kürzlich in Wilm 2 Ztr. Zucker und in Croffen eine Ente in die Hände gefallen waren, sind in den Persönlichkeiten zweier Handarbeiter im Alter von 17 und 18 Jahren ermittelt worden. Sie haben noch mehrere Geflügelbstehle verübt. Die gestohlenen Tiere haben sie größtenteils an hiesige Geschäftsleute veräußert, die sich deshalb wegen Hehleret zu verantworten haben.

## Gerichtsal.

Zwickau. (Ein Todesurteil.) Die Ermordung des Kürschnergehilfen Kopeczyk in der Bezirksanstalt Lichtenstein bildete am Freitag den Gegenstand der Verhandlung des Schwurgerichts, gegen den 33 Jahre alten Fabrikarbeiter Ernst Gustav Rosenbaum aus Zwickau, der beschuldigt ist, in der Nacht zum 30. Juli in der Bezirksanstalt Lichtenstein in den dort untergebrachten 50 Jahre alten Kürschnergehilfen Kopeczyk vorsätzlich getötet und die Tötung mit Ueberlegung ausgeführt zu haben. Rosenbaum ist dem Trunke ergeben. Er hat bereits 19 Strafen erlitten. Während des Krieges wurde er zum Heere einberufen. In Frankreich wurde er von einem Kriegsgerichte wegen ausdrücklicher Verweigerung des Gehorsams gegen einen vor dem Feinde erteilten Befehl durch Wort und Tat und anderer Kriegsvergehen zum Tode und für 1 Jahr Gefängnis verurteilt. Die Todesstrafe ist aber im Gnadenwege in 15 Jahre Gefängnis umgewandelt und Rosenbaum nach Verbüßung eines kleinen Teils der Strafe vollständig begnadigt worden. Nach seiner Entlassung aus der Strafanstalt beging er in Chemnitz und Dresden Diebstähle, doch ist deshalb noch keine Verurteilung erfolgt, da Rosenbaum im Februar v. J. in Gera aufgefressen und wegen Landstreicherei in der Bezirksanstalt Lichtenstein untergebracht wurde. Hier befand sich auch der Kürschnergehilfe Kopeczyk, der ein gutmütiger, fleißiger und ordentlicher Mensch gewesen sein soll, während Rosenbaum als jähörnig und zänkisch geschildert wird. Mit K. konnte sich R. nicht vertragen und es kam oft zu Streitigkeiten, denen Reiz und Haß auf Seiten Rosenbaums zu Grunde lagen. Am 29. Juli kam es abermals zu Zusammenstößen zwischen den Beiden und Rosenbaum beschloß, sich an Kopeczyk zu rächen. Er nahm ein Beil, das er vorher zum Holzhacken verwendet hatte, abends in den Schlaßsaal und versteckte es unter seinem Bett. Gegen 1/2 12 Uhr nachts schlich er sich an das Bett des schlafenden K. heran und verfehlte dem K. mit dem Rücken des Beiles wuchtige Schläge auf den Kopf, so daß diesem der Schädel völlig zertrümmert wurde und er sofort starb. — Rosenbaum war aeständig. Er behauptete zwar, er hätte dem K. nur eins auszuwickeln wollen und hätte nicht die Absicht gehabt, ihn zu töten. Doch schenkten die Geschworenen seinen Angaben keinen Glauben. Sie bejahten die Schuldfrage, die auf Mord lautete. Das Gericht erkannte deshalb auf Todesstrafe. Der medizinische Sachverständige hatte den Angeklagten zwar als etwas geistig minderwertig beurteilt, im übrigen aber als voll verantwortlich für seine Taten bezeichnet.

## Zur Sozialisierungsfrage.

B. S. 3. Von einem führenden Mitgliede der Fraktion der Deutschen Demokratischen Partei wird unserem Vertreter zu obiger Angelegenheit folgendes mitgeteilt:

Wohin zielen die gegenwärtigen Bestrebungen der Arbeiter? Gehen sie dem Wohl der Allgemeinheit oder nur dem Proletariat?

Zweifellos vor allem dem Proletariat. Unter „Sozialisierung“ wird nach den Erklärungen der Unabhängigen die Abschaffung der Lohnarbeit und des Kapitalismus, die Gewinnbeteiligung der Arbeiter an Stelle der Unternehmer verstanden. Dabei wird als selbstverständlich vorausgesetzt, daß die Betriebe gewinnbringend sind. Verlustbetriebe scheitern nicht zu geben. Als Kernforderung bezeichnete die Leitung des Generalstreiks in Leipzig die Schaffung der Betriebsräte mit Kontroll-, Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrecht. Sie sollen ein Uebergang zur vollen Sozialisierung sein; wenn nämlich durch sie genügend tief in den Betrieb hineingeblickt ist, und wenn man von dem Notwendigen soviel weiß, um allein weiter wirtschaften zu können, dann soll der Unternehmer ganz verschwinden.

Keinen der Herren stört es, daß dies Vorhaben niemals eine „Sozialisierung“ durch die Gesellschaft und für die Gesellschaft, sondern lediglich eine andere Form der Privatwirtschaft ist: statt eines Inhabers 100 Arbeiterteilhaber, statt 100 Aktionären 1000 Arbeiterteilhaber, wo jene Proletarier bleiben, die nicht vom Glück zu Arbeitern und künftigen Teilhabern eines gewinnreichen Betriebes bestellt wurden, interessiert gleichfalls nicht. Diesen Proletariern genügt allein der rein negative Effekt der Bewegung: daß die Ketten ihren Besitz verlieren werden, daß sie, die Vielverdienenden, heruntermüssen vom goldenen Thron des Kapitalismus.

Es ist klar, daß diese primitivsten Bestrebungen mit dem Wirtschaftsideal des wissenschaftlichen Sozialismus nichts gemein haben. Dieser erstrebt unter allen Umständen einen höheren Nutzen für die Allgemeinheit durch Beseitigung aller unrationellen Vorgänge im Werdegang der Ware von der Erzeugung bis zum Verbrauch. Der sozialistische Großbetrieb soll wirtschaftlicher arbeiten als der private Mittel- und Kleinbetrieb. Aber als erste Frucht, die uns die Sozialisierung beschert, sollen allen Betrieben, großen wie kleinen, die Betriebsräte gegeben werden, Organe, die das Gegenteil einer wirtschaftlichen Verbesserung der Betriebsweise bringen werden.

Die Betriebsräte mit vollem Mitbestimmungsrecht müssen den Geschäftsgang erschweren, alle kaufmännischen Dispositionen, vorunter so oft Entschlüsse von hitziger Kürze dem Kraft, alle Fabrikations- und Handelsgeheimnisse, alle sonst in tiefster Brust verschlossenen weitausgreifenden Pläne müssen einem vielköpfigen Kollegium von Arbeitern und Angestellten zur Mitbestimmung vorgelegt werden. Mit einer solchen Fessel am Bein wird man Fortuna nicht erfassen; man wird ihr nur nachhinken.

Durch die Einführung der Betriebsräte muß sich der Ertrag der Betriebe verringern. Die Betriebsräte sollen aus Wahlen hervorgehen. Rücksicht auf die Wähler wird sie belassen und ihre Autorität lähmen, wie beim Militär, so ist im Industrie- und Handelsbetrieb Disziplin unentbehrlich. Kann sie der Betriebsrat üben, den morgen eine Neuwahl hinwegfegt? Wo Lockerung der Disziplin eintritt, macht sich Unordnung, Faulheit und Unehrlichkeit bemerkbar. Den Schmiergeldnehmern, den „Provisionisten“, den Fälschern, und Verschleiern wird Tür und Tor geöffnet sein. Die Gegenwart ist voll dieser Erscheinungen, die in üppiger Blüte aus dem Sumpf der Zwangswirtschaft aufschließen. Wir sehnen uns zurück zur Realität. Nie wird sie unter dem System der Betriebsräte wiederkehren. Man höft so oft

auf den Irrtum, als sei Geissenheit der Maßstab kaufmännischer Eichtigkeit. Augenblickserfolge blenden und machen vergessen, daß der Dauererfolg nur der Güte und kristallklaren Reinheit eines Unternehmens beschieden ist. Was für Einzelne gilt, gilt in erhöhtem Maße für die Wirtschaft eines Volkes.

Mit der Einführung der Betriebsräte wird ein Schlüsselschritt unter die private Wirtschaftsreform gezogen. Was davon bestand, wird noch eine Weile existieren bis zur völligen Ausschaltung der Unternehmer. Neue Privatbetriebe können und werden nicht mehr entstehen. Alles weitere ist Sache des Staats- oder Gemeindebetriebes. Solange aber noch ein einziges Kulturland von diesem System frei ist, werden die wirtschaftlich kostbarsten Kräfte der Nation, die geborenen Unternehmer, die technischen und kaufmännischen Talente aus Deutschland fortstreben wie die jungen Adler aus dem Horst. Und wie viele alte bewährte Kämpfer werden noch den neugeschaffenen Kasernenstaat verlassen, wenn erst die Möglichkeit dazu gegeben ist.

Auch der neuen Staatswirtschaft werden von vornherein die Schwungfedern beschritten sein. Die Betriebsräte, die ihren Genossen und Wählern etwas bieten müssen, um sie bei Stimmung zu erhalten, werden für eine vorsichtige Ge-

winntverteilung, für Reserven und Neuinvestitionen keine Sympathie haben. Man verweise nicht auf so blühende Staatsbetriebe, wie z. B. die preussischen Staatsbahnen vor 1914 waren. Im Sinne der heutigen Unabhängigen Sozialisten sind das keine sozialistischen Betriebe. Wo hätte die Arbeiterschaft dort den Betrieb zu kontrollieren, über ihn mitzubestimmen gehabt? Das soll erst noch werden. Die Gewinne ausschütten, das wird die Devise sein. So muß auch für den Staatsbetrieb Stillstand und Rückgang kommen.

Die neuzozialistischen Bestrebungen der jüngsten Gegenwart, für die man durch Streiks, durch Gewalt- und Schandtaten wirbt, sind, das steht fest, dem Wohl der Allgemeinheit entgegengesetzt. An ihrem Ende steht der sichere Ruin. Auch dem Klasseninteresse des Proletariats bringt ihre Verwirklichung nur einen Scheinerfolg. Wenn erst das Erbe der privaten Unternehmer abgegrast und abgewirtschaftet ist, dann kommt auch für die Arbeiter selbst der Ruin. Die Frage ist, ob noch vorher die deutschen Arbeiter zur Besinnung kommen oder nicht. Jede Regierung, die wider besseres Wissen Konzessionen macht und den Sozialisierungsrausch fördert, statt ihn zu dämpfen, läßt eine furchtbare Verantwortung für die Nachwelt auf sich.

## Lichtspiel - Theater.

Gasthof „Goldner Adler“, Callenberg.

Mittwoch, den 19. und Donnerstag, den 20. März

### Große Gastvorstellung

ausgeführt von dem beliebtesten Rezitator Sachsens in dem ersten Detektivfilm:

## Das Haus im Moor.

Ein überaus spannendes, fesselndes und atemberaubendes Detektivschauspiel, in dem sich selbst der berühmte Detektiv Story in seiner raffinierten Handlung übertroffen hat.

### Hanna entlobt sich.

Großes Schlagerlustspiel zum Totlachen. In der Hauptrolle die berühmte Schauspielerinnen **Hanna Brinkmann.**

### Der Flieger.

Ein spannendes Drama, sowie mehrere Einlagen. Niemand darf diese Riesenvorstellung verpassen. **Mittwoch** von 2 bis 6 Uhr und **Donnerstag** von 4 bis 6 Uhr große **Kinder-**

**vorstellung.** Abends nur für Erwachsene. Preise der Plätze: Sperrf. 80 Pfg., 1. Pl. 60 Pfg., 2. Pl. 50 Pfg., Kinder: 40 1. 30 2. 20

Um recht zahlreichen Besuch bittet die **Direktion:** Paul Winkler, Kriegsinvald. Erstkl. Erklärung. Zeitiges Kommen sichert guten Platz.

## Rödlitz. Hotel Modes.

Sonnabend, den 22. März 1919:

— Gastspiel der Dresdner Operetten-Gesellschaft. —

Direktion: **Behold-Wahlburg.**

Neuheit! Hier noch nie gegeben! Neuheit!

## Die Jagd nach dem Glück

oder: **Die Tochter der Freiheit.**

Charakterbild mit Gesang in 6 Akten von Karl Elmar. Musik von Lill. Mitwirkende: 10 Personen. Nur gute Kräfte. Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr.

— Preise der Plätze wie bekannt. —

## Nachm. 4 Uhr große Koffelappchen und der böse Wolf.

Märchen in 4 Akten von Grüner.

Preise der Plätze zur Nachmittags-Vorstellung 70, 50, 30 Pf.

Durch die Wahl obiger guter Stücke hoffe ich, keinen Fehlgriff getan zu haben und lade somit das geehrte kunstfinnige Publikum von hier und Umgegend, indem ich einen höchst genussreichen Abend garantiere, zu recht zahlreichem Besuch höchlichst ein. Hochachtungsvoll **Die Direktion.**

Bin mit einem großen Transport prima ostpreussischer

**Kühe und Kalben** eingetroffen und stelle dieselben zu sehr günstigen Preisen zum Verkauf.

**Robert Heide, Wüstenbrand,**  
— Telefon 197. — Hohenstein. —

Dentist

## Max Kluge, Oelsnitz i. E.

— Bahnhofstraße 171. —

### Zahn-Ersatz ohne Gaumenplatte.

Entfernen der Wurzeln in den meisten Fällen nicht nötig, sitzt fest, wie die eigenen Zähne.

Brücken und Kronen in Gold und Silberfals, Stützähne, Plomben in Gold, Silberfals, Zement und Porzellan. Zahnziehen schonendst mit örtlicher Betäubung. Reparaturen werden in 1 Tag abgefertigt. Verwendet wird nur gutes Material, unter Garantie der beste Friedenskautschuk.

Zugelassen zu **Knappschafts-, Orts- und Beamtenkranken-** kassen. — Sprechzeit vorm. 8—12 Uhr, nachm. 2—6 Uhr.

## Sanitäts-Kolonie

Lichtenstein-Callenberg.

Heute Dienstag abends 8 1/2 Uhr

### Verammlung

im „Goldnen Helm“. Das Erscheinen sämtlicher Kameraden ist dringend notwendig.

Feinster echter

## Kautabaf

frisch eingetroffen.

**Zigarrenhaus**  
**A. Mauersberger,**  
Lichtenstein, Badergasse.

Schwarze wollene **Frauen- und Kinder-Strümpfe** in allen Größen preiswert bei **Karl Goldig, Lichtenstein.**

## Schmiede-Gebrüder

Einem stellt ein **Karl Braune, Schmiedemstr., Gersdorf.** Auch steht daselbst ein **Zucht-Gänserich zum Verkauf.**

## Bett

zu kaufen gesucht. Offerten unter „B 77“ in die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

## Geschäftsübernahme.

Der geehrten Einwohnerschaft von Lichtenstein-C. und Umgebung zur gefälligen Kenntnis, daß ich das

## Spezial-Schirm- und Drechslerwaren-Geschäft

des verstorbenen Drechslermeisters Paul Berger,

Lichtenstein, Markt No. 1

käuflich erworben habe und mit dem heutigen Tage **neu eröffne.**

Durch langjährige Verbindung mit nur ersten Häusern genannter Artikel, bin ich in der Lage, auf diesem Gebiete nur ganz vorzügliche Waren zu bieten.

Mit der Versicherung, einem mich beachrenden Publikum mit nur wirklich neuesten und modernen Artikeln aufzuwarten, bitte ich um freundliche Unterstützung meines jungen Unternehmens.

Mit vorzüglicher Hochachtung **Fritz Lang.**

Lichtenstein-C., den 17. März 1919.

## Maschinenzwirn u. Häfelgarn (nur weiß)

eingetroffen und bitte ich, den Bedarf baldigst zu decken.

**Karl Goldig.**

## Zahlreiche Kranke

wie Beinleiden, Geschwür-, Flechten-, Haut- u. Geschlechtskranke, Rheumatismus, Herz-, Nieren-, Wurm, Magen- und Darmleiden, nervöse Zustände, Bettläger etc., auch erfolglos behandelte fanden noch Hilfe durch das elektro-therap. Heilverfahren.

**Institut Emil Hauptmann**  
Chemnitz, Lindenstr. 19.

## Hausgeschlöffer

empfehlen

**Ernst Krohn,**  
Lichtenstein.

## Gesucht wird eine Wirtschafterin,

die im Kochen erfahren ist und die Pflege einer Kranken übernimmt. Näheres **Chemnitz Str. 3 p.**

## Ein 2- oder 4-Zimmer-Wohnhaus

mit etwas Hinterland bei 2 bis 3000 Mark Anzahlung in **Hohndorf** oder **Rödlitz** zu **kaufen** gesucht. Näheres zu erfahren in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

Wir geben trauernd bekannt, daß unsere liebe Mutter und Großmutter, Frau

## Henriette verw. gew. Hensel

geb. Eckhard im Alter von fast 72 Jahren sanft entschlafen ist.

Lichtenstein, den 17. März 1919.

Familie Rendant **Schnelder**

zugleich für die übrigen Angehörigen.

Die Beerdigung findet Mittwoch Mittag 1/2 Uhr vom Hause, Glauchauerstr. 12, aus statt.

Wird mit Dank und Freude angenommen, daß bei den Herren **Karl Goldig** gegenwärtig **Witthelm Meißner** in Lichtenstein.